

"Ulbrichts Schlag gegen die Massenflucht: Eiserner Vorhang mitten durch Berlin" in Süddeutsche Zeitung (14. August 1961)

Quelle: Süddeutsche Zeitung. Münchner Neueste Nachrichten aus Politik, Kultur, Wirtschaft und Sport. Hrsg. Friedmann, Werner; Goldschagg, Edmund; Schöningh, Dr. Franz Josef; Schwingenstein, August ; R Herausgeber Friedmann, Werner. 14.-15.08.1961, Nr. 193-194 ; 17. Jg. München: Süddeutscher Verlag. "Ulbrichts Schlag gegen die Massenflucht : Eiserner Vorhang mitten durch Berlin", p. 1; 2.

Urheberrecht: (c) Süddeutsche Zeitung

URL:

http://www.cvce.eu/obj/ulbrichts_schlag_gegen_die_massenflucht_eiserner_vorhang_mitten_durch_berlin_in_suddeutsche_zeitung_14_august_1961-de-0b95d664-a925-40cf-ae5d-bb22cb80acec.html

Publication date: 02/07/2015

Ulbrichts Schlag gegen die Massenflucht: Eiserner Vorhang mitten durch Berlin

Gestützt auf eine Erklärung der Warschauer-Pakt-Staaten sperrt das SED-Regime den freien Verkehr innerhalb der Stadt und mit der Zone/ Volksarmee marschiert im Ostsektor auf/ Interzonenverkehr nicht betroffen

(SZ) das Ulbricht-Regime hat in der Nacht zum Sonntag die Grenzen zwischen Westberlin und der Zone sowie die Sektorengrenze innerhalb der Stadt Berlin abgeriegelt. Die Maßnahme geschah auf Aufforderung der Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes, die der Zonenregierung vorgeschlagen hatten, „an der Westberliner Grenze eine solche Ordnung zu schaffen, durch die der Wühltätigkeit gegen die Länder des sozialistischen Lagers zuverlässig der Weg verriegelt wird“. Der direkte S- und U-Bahnverkehr zwischen Ost- und Westberlin und der Verkehr mit den Zonenrandgebieten um Westberlin wurden unterbrochen. Nur über wenige Kontrollstellen können Bürger der DDR mit ausdrücklicher Genehmigung ihrer Regierung noch nach Westberlin. An fast allen Straßenübergängen errichteten Volksarmee und Volkspolizei Stacheldrahtsperrungen. Die Sperre soll „bis zum Abschluß eines Friedensvertrags“ gelten. Sie dient offenbar dazu, den am Samstag erneut angestiegenen Flüchtlingsstrom nach Westberlin drastisch zu unterbinden. Die Errichtung eines Eisernen Vorhangs mitten in Berlin hat in der gesamten westlichen Welt heftige Proteste hervorgerufen. Der Westberliner Senat bezeichnete die Maßnahmen des SED-Regimes als empörendes Unrecht.

Berlin (UPI)

Ostberlin glich am Sonntag einem Heerlager. Etwa 25 Panzer des sowjetischen Typs T 34 waren in den Ruinen in der Nähe der Straße „Unter den Linden“ in Stellung gegangen. 250 Lastwagen mit aufgesessenen Soldaten und Volkspolizisten fuhren auf. Es war wie nach der Verhängung des Belagerungszustands am 17. Juni 1953. Das Aufgebot militärischer Machtmittel soll offenbar die Gefahr von Unruhen unter der Bevölkerung gegen die Absperrungsmaßnahmen im Keim ersticken.

Die Sperrmaßnahmen sehen im einzelnen folgendes vor:

1. Bewohner Ostberlins und der Sowjetzone dürfen Westberlin nur noch mit einem besonderen Passierschein betreten. Ebenso werden Reisen in die Bundesrepublik unter scharfe Kontrollen gestellt. Die Sowjetzonen-Regierung verkündete, die gesamten Kontrollen an den Grenzen würden wie an den Grenzen eines „souveränen Staates“ gehandhabt.
2. Die 52 000 in Westberlin arbeitenden Bewohner Ostberlins und der umliegenden Randgebiete der Zone müssen ihre Arbeitsplätze aufgeben. Der Ostberliner Magistrat hat sie angewiesen, sich neue Arbeitsstellen in Ostberlin zu suchen.
3. Der S- und U-Bahn-Verkehr von Ost- nach Westberlin wurde praktisch stillgelegt. Es verkehren lediglich auf einer Linie S- und U- Bahn-Züge, die im Ostberliner Bahnhof Friedrichstraße beginnen und enden. Auch die Züge aus Westdeutschland enden dort. Vor Betreten und Verlassen des Bahnhofs muß eine Kontrolle passiert werden.

Ausdrücklich versicherten die Sowjetzonen-Regierung und die Warschauer-Pakt-Staaten, daß der Interzonenverkehr nach Westberlin zu Lande, zu Wasser und in der Luft durch die Maßnahmen nicht berührt werde.

Bewohner der Bundesrepublik benötigen zum Betreten Ostberlins weiter, wie seit dem vergangenen Herbst, einen Tagespaß. Westberliner, die den Sowjetsektor betreten wollen, müssen ihren Personalausweis vorweisen. Die 80 Übergangsstellen zwischen Ost- und Westberlin wurden bis auf 13 geschlossen. Die gesamte Grenze wurde von bewaffneter Volkspolizei und von Formationen der Grenzpolizei besetzt. Stacheldrahtverhaue und Straßensperrungen wurden errichtet, Gräben ausgehoben, Pflastersteine herausgerissen und zu Barrikaden aufgetürmt.

Der Verkehr des westalliierten Besatzungsangehörigen sowie des Diplomatischen Corps blieb von den Maßnahmen unberührt. Angesichts der gespannten Lage wurde die 12 000 Mann starke Westberliner Polizei in Alarmzustand versetzt. Die amerikanischen Truppen in Berlin halten sich in Bereitschaft. Hubschrauber der amerikanischen Armee kontrollierten die Sektorengrenze.

Obwohl die Westalliierten wie auch der Berliner Senat in scharfen Erklärungen das Vorgehen der Ostberliner Behörden als „flagrante und schwerwiegenden Verstoß gegen den Vier-Mächte-Status in Berlin“ bezeichneten, war die Tendenz in Westberlin allgemein darauf gerichtet, unter allen Umständen zu vermeiden, durch unbedachte Handlungen die explosive Stimmung in der Stadt zu verschärfen.

Der Westberliner Senat trat zu einer Sondersitzung unter Vorsitz des Regierenden Bürgermeisters Brandt zusammen, der unmittelbar nach den Ereignissen seine Wahlreise in der Bundesrepublik abbrach und nach Berlin zurückflog. Brandt traf sich mit den alliierten Stadtkommandanten zur Erörterung der Lage. Mit der Bundesregierung und den Alliierten steht der Senat laufend in Kontakt. Das Westberliner Abgeordnetenhaus wurde zu einer Sondersitzung einberufen.

Der Westberliner Senat beschloß in einer Sondersitzung eine Erklärung, in der die Westmächte zu „energischen Schritten“ in Moskau aufgefordert werden. Der Senat erklärte, die Ostberliner Maßnahmen schafften nicht allein Unrecht, sondern bedeuteten praktisch die Errichtung der „Sperrwand eines Konzentrationslagers“. Der Senat erhebe vor aller Welt Anklage gegen die „Spalter Deutschlands, die Bedrücker Ostberlins und die Bedroher Westberlins“.

Der Regierende Bürgermeister Brandt bezeichnete die gewaltsame Teilung Berlins als ein „empörendes Unrecht“. Brandt wies in einer Fernsehsendung besonders auf den Widerspruch hin, der darin liege, daß auch Reisen von Bewohnern der Zone nach Ostberlin unterbunden worden seien, das angeblich die Hauptstadt der Sowjetzone sei.

In einer Pressekonferenz sagte Brandt, mit den Maßnahmen Pankows seien die Viermächte-Vereinbarungen über Berlin, „nicht nur tangiert, sondern im Kern berührt“ worden. Vor allem seien die Vereinbarungen des Jahres 1949 nach Ende der Blockade „wie ein Stück wertloses Papier“ behandelt worden. Auf die Frage nach möglichen Gegenmaßnahmen erwiderte Brandt, daß man „energische Schritte auf hoher Ebene“ prüfe, um der „portionsweisen“ sogenannten „Entmilitarisierung und Neutralisierung“ der Stadt entgegenzutreten.

Die militärische Besetzung Ostberlins durch Einheiten der Volksarmee war keine isolierte Aktion. Aus den Berliner Randbezirken lagen zahlreiche Berichte über Bewegungen von Panzereinheiten der sowjetischen Armee vor. So wurden die Interzonen-Autobahn Berlin-Helmstedt und die Interzonenstraße Hamburg-Berlin von marschierenden Panzerverbänden der sowjetischen sowie des Panzerverbänden der sowjetischen Armee in der Nähe Berlins vorübergehend blockiert. Es galt als ausgemacht, daß keine der Truppenbewegungen gegen Westberlin gerichtet war, sondern ausschließlich der Befriedigung des sowjetischen sowie des Pankower Sicherheitsbedürfnisses galt.

Die Stimmung der Ostberliner Bevölkerung wurde von Augenzeugen als explosiv bezeichnet. Offener Hohn gegen agitierende SED-Funktionäre und Pfui-Rufe gegen auffahrende Panzer waren über Hunderte von Metern hinweg zu hören. Im Bezirk Prenzlauer Berg und auf der Ostseite des Brandenburger Tors sowie zwischen dem Brandenburger Tor und dem Potsdamer Platz auf der westlichen Seite der Sektorengrenze kam es zu Zwischenfällen.

Bei den Zwischenfällen im Sowjetsektor gingen Volkspolizei und SED-Kampfgruppen, teilweise mit angelegten Maschinenpistolen, gegen die laut protestierende Menschenmenge vor. Insgesamt 700 bis 800 Personen waren an den Zwischenfällen beteiligt. Als Westberliner versuchten, an der Sektorengrenze in der Nähe des Brandenburger Tors eine Stacheldrahtsperre niederzutreten, stellten sich ihnen Volkspolizisten mit aufgepflanztem Bajonett entgegen. Westberliner Polizei beschwichtigte die Menge mit Lautsprecherwagen.